„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. S. Ebbans,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", etc.; Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 50c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

„Anticanadische Propaganda"

Unter dieser Ueberschrift haben canadische Zeitungen in den letzten Tagen eine Meldung aus Ottawa abgedruckt, die besagte, daß in gewissen europäischen Ländern, aus denen Canada gerne Ansiedler beziehe, eine canadafeindliche Propaganda betrieben werde. Zwei Länder wurden in diesem Zusammenhang besonders genannt, nämlich Frankreich und Deutschland. Die englischen Blätter dieses Landes haben in schwungvollen Editorialartikeln, die, wie gewöhnlich, auf den engen parteipolitischen Horizont eingestellt waren, darüber nun tiefsinnige Betrachtungen entwickelt. Und die englischen Zeitungsgläubigen haben sich wohl alldamit zufriedengegeben.

Wer den Ursachen der sogenannten anticanadischen Propaganda auf den Grund gehen will, muß etwas von der modernen Auswanderungspolitik europäischer Regierungen verstehen, worüber hierzulande augenscheinlich selbst in den amtlichen Kreisen noch eine krasse Unkenntnis herrscht. Das Verhalten der verantwortlichen Stellen in Europa gegenüber dem Auswanderungsproblem ist heute grundverschieden von der Einstellung der vorkriegszeitlichen Staatsmänner. Vor dem Weltkrieg sahen wohl tieferdenkende Kreise die Auswanderung ihrer Volksgenossen ebenfalls mit Unwillen und mit ernster Besorgnis an. Sie konnten aber bei der damals üblichen internationalen Freizügigkeit sich nicht zu nachdrücklichen Forderungen und einschneidenden Maßnahmen zur Hemmung des Auswanderungsstromes aufraffen. Andere wieder sahen in der Auswanderung nur den Abfluß unerwünschter Elemente, die man mit dem Worte „Kulturdünger" für erledigt hielt und um die man die Neue Welt nicht beneidete. War es doch nicht selten tatsächlich so, daß man ungeratene Sprößlinge nach Amerika in die „Verbannung" schickte, um sie nicht weiter als Bürde für den Geldbeutel des Vaters und als Schandfleck für die Familie mitschleppen zu müssen.

Seit dem Weltkriege mit seinem ungeheuren Aderlaß für fast alle europäischen Nationen hat sich die Auffassung vom wirtschaftlichen und nationalen Werte der Staatsbürger grundlegend geändert. Die ökonomischen Schwierigkeiten, die nur unter Aufbietung der besten und leistungsfähigsten Kräfte gemeistert werden können, sowie die stärkere Ausprägung des Nationalitätenprinzips in ganz Europa haben die Auswanderungsfrage in einem ganz anderen Lichte als dem der Vorkriegszeit erscheinen lassen. Wer kann es z. B. einer deutschen Regierung verdenken, wenn sie das Wegströmen ihrer besten wirtschaftlichen Kräfte mit allen Mitteln zu verhindern sucht? Schon mehr als einmal ist von den bedeutendsten deutschen Industriezentren darüber lebhafte Klage geführt worden, daß gerade tüchtige gelernte Arbeiter, junge Techniker und strebsame Angehörige anderer Berufe den Weg in das Ausland wählen, um sich dort eine neue Existenz zu gründen, während viele Andere weniger nützliche Elemente in der Heimat bleiben. Was für Deutschland gilt, trifft in mehr oder minder starkem Maße auch auf andere Länder zu.

Zu den ökonomischen Bedenken gegenüber der Auswanderung treten nationale Gedankengänge, die auf dieser Seite des Ozeans immer noch unterschätzt werden. Nehmen wir als Beispiel Frankreich her, das die stärkste Militärmacht auf dem europäischen Kontinent darstellt und gar nicht an eine Aufrüstung denkt. Es muß infolge des fortwährenden Geburtenrückganges immer mehr Farbige aus Afrika in seinen Heeresdienst stellen, um den Ausfall an einheimischen Mannschaften zu ersetzen. Wer kann vom französischen Standpunkte aus es der französischen Regierung übelnehmen, wenn sie der Auswanderung ihrer weißen Staatsangehörigen mit schärfster Mißbilligung begegnet? Aber auch die deutschen verantwortlichen Kreise haben heute eine neue Auffassung vom Wert des Deutschtums in der Welt. Es ist der deutschen Regierung nicht mehr gleichgültig, ob die Auswanderer der deutschen Muttersprache und dem deutschen Geiste schon nach einer Generation oder erst nach zwei und drei Generationen verloren gehen. Daher wird auch die deutsche Auswanderung nach südamerikanischen Ländern mit ganz anderen Augen beurteilt als die nach Canada oder nach den Vereinigten Staaten. Denn man ist drüben der Meinung, daß man in Canada die Einwanderer möglichst schnell in echte und rechte Engländer und in den Ver. Staaten sie im Eiltempo in hundertprozentige Amerikaner umwandeln wolle. Ob diese europäische Auffassung berechtigt ist oder nicht, soll hier nicht näher untersucht werden.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die canadische Einwanderung zu ermutigen: eine weitgehende wirtschaftliche Unterstützung für alle arbeitswilligen, strebsamen und mit der nötigen Erfahrung ausgerüsteten Ansiedler, wenigstens für die ersten Anfangsjahre, und möglichste Freiheit in allen Fragen der Nationalität, der Sprache, der Schule und Religion. Hier liegen Aufgaben vor, in die sich die Regierungen der Dominion und der Provinzen teilen sollten, um eine wirklich moderne und großzügige Einwanderungspolitik zu betreiben, die sich der Auswanderungspolitik der europäischen Staaten anpaßt. Dann wird auch die „anticanadische Propaganda" von selbst verstummen.

Zur Frage der Auswanderung nach Mexiko

Der Rat des Verbandes Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko teilt mit, daß es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich ist, den zahlreichen Einwanderern und Siedlern und ihren Familien mit Geldunterstützungen zu helfen, da für diesen Zweck satzungsgemäß keine Mittel zur Verfügung stehen. Der Verband muß, um seinen vielseitigen Verpflichtungen und seiner weitverbreiteten Tätigkeit im Dienste des Deutschtums gerecht werden zu können, mit seinen Mitteln haushalten, und kann auch aus diesem Grunde, ohne in seiner Tätigkeit schwer behindert zu werden, kein Geld für die Hilfstätigkeit bereitstellen. Er nimmt zugleich in energischer Weise Stellung gegen die unausgesetzte Inanspruchnahme der deutschen Kolonie in Mexiko, um durch Sammlungen den hilfsbedürftigen und schiffbrüchigen Einwanderern zu Hilfe zu kommen. Er warnt daher seit Jahr und Tag die deutschen Auswandererkreise, ohne genügende Barmittel nach Mexiko auszuwandern. Der Deutsche Hilfsverein hat in den letzten Jahren monatlich fast 800 mex. Dollars ausgeben müssen, nur um eingewanderte mittellose Deutsche vor dem Hungertode zu schützen. Auch der Deutsche Hilfsverein ist auf dem Punkte angelangt, wo er weitere Hilfeleistungen verweigern muß.

Die Nemesis im Weißen Hause

Woodrow Wilson, der im Interesse des Weltkapitals die amerikanische Jugend in den Weltkrieg warf, brach gesundheitlich körperlich zusammen.

Harding, sein Nachfolger im Weißen Haus, brach unter ähnlichen Anzeichen zusammen, vom Tode bezwungen, ehe seine Präsidentschaft beendet. Er, der durch rechtzeitige amerikanische Hilfe so viele deutsche Kinder hatte retten können, ließ den Bethlehemitischen Kindermord im 20. Jahrhundert wiederholen.

Coolidge, sein Nachfolger, verlor kürzlich im Weißen Haus den geliebten Sohn; eine ganz leichte Verletzung — mit tödlichem Ausgang. — Coolidge ließ Deutschland weiter darben.

Fällt Deutschlands Tiefer, schwarzer Schatten auf das Weiße Haus, das den Verrat am Deutschtum hegte? Macht er es zum Haus der Trauer?

K. S.

Parlamentarische Glossen

Bescheidene Menschen sehen schon die Glatzen von Abgeordneten als Lichtpunkte parlamentarischen Lebens an.

Es sind nicht immer die schlechtesten Abgeordneten, die die Wandelhallen des Reichstages dem Sitzungssaal vorziehen.

Die biedere Frau eines Abgeordneten meinte beim Lesen des Parlamentsberichts treuherzig: „Lachen rechts" und „Lachen links" wird mein Johann schon können, aber wie soll er „Lachen in der Mitte", da schnauzt er sich doch nur.

Der Gedanke, daß niemand weiß, ob sein Sohn nicht einmal Reichskanzler wird, mahne zur Vorsicht in der Wahl des Vornamens. Ihn Otto zu nennen, ist bedenklich, da hief und da noch, trotz unserer fortgeschrittenen Zeiten, die Erinnerung an einen Otto fortlebt, der für Zwergengröße unbequemen Maßstab dogmt.

Fel. Jos. Rl.

Schärfe Kritik eines Engländers an den Friedensverträgen

Die neuen europäischen Grenzen verletzen das Prinzip der Selbstbestimmung.

Der englische Journalist Horace G. Alexander, der als Korrespondent verschiedener englischer Blätter Gelegenheit hatte, die Verhältnisse am Kontinent während der letzten Jahre an Ort und Stelle zu studieren, veröffentlicht eine Schrift unter dem Titel „The revision of Europe". Den Ausführungen des Verfassers sind folgende Stellen entnommen:

„Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts war die Nationalitätenidee in ganz Europa im Abflauen. Die große Masse der Irländer war anfangs des Jahres 1914 bereit, das Homerule-Gesetz anzunehmen. Die Mehrheit der Elsässer wollte sich mit der ihnen zugedachten Autonomie zufrieden geben. Die Polen in Oesterreich, die im Besitz der Autonomie und eines bedeutenden Einflusses im Staate waren, begeisterten sich nicht länger für ein neues Polen und nach dem Wahlgesetz von 1906, das nationale Wahlkörperschaften schuf, waren die Tschechen und andere Nichtdeutsche mit der Aussicht auf eine sukzessive Zunahme der Selbstkontrolle versöhnt. Die Kroaten wollten sich mit der ihnen angebotenen Autonomie bescheiden und die Zeit schien kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges nahe zu sein, wo Tschechen, Polen, Slowenen und Deutsch-Oesterreicher in wahrer Zufriedenheit zusammenleben und zusammenwirken würden.

Als die Mächte nach dem Schluß des Krieges in Paris zur Friedenskonferenz zusammentraten, wußten sie, daß das Prinzip der Nationalstaaten sich nicht restlos verwirklichen lassen und daß Minoritätsprobleme nicht zu vermeiden sein werden. Ihr Vorgehen kann nicht gerechtfertigt werden. Die Tschecho-Slowakei hatte kein Recht auf die deutschen Distrikte Nordböhmens oder auf die Donau unterhalb Preßburg. Italien hatte kein Recht auf das deutsche Gebiet Südtirols und das Hinterland von Triest. Die Polen hatten kein Recht auf Ostgalizien, das sich gegen die Einbeziehung in den polnischen Staat heftig wehrte.

Die neuen Grenzen wurden, unbekümmert um die geographische Lage und um menschlich gerechte Verteilung, derart festgesetzt, daß sie jeglichem Prinzip der Selbstbestimmung Hohn sprachen. So gerieten weit über eine Million Ungarn unter dem nichtigen Vorwand, daß den Slowaken diesseits der Karpathen der freie Zugang zu einer derzeit noch nicht existierenden Bahnlinie gesichert werden muß, unter tschecho-slowakische Herrschaft. Den Rumänen wurden ebenfalls viele Ungarn und Deutsche ausgeliefert und nicht weniger als 20 Prozent der gesamten magyarischen Bevölkerung befinden sich nunmehr jenseits der Landesgrenze. Schlimm ist noch die Lage der kroatischen und slowenischen Minoritäten in Serbien.

Wenn die Staatsmänner, die in Paris die Friedensverträge schufen, des Glaubens sind, daß sie die Basis für einen Dauerfrieden geschaffen haben, so sind sie blinder als die Massen, die ihren Taten zujubelten. Bei Festsetzung aller Grenzen wurden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten außer Acht gelassen. „Die gegenwärtigen Grenzen müssen nicht unbedingt die endgültigen sein; Grenzberichtigungen werden aller Voraussicht nach gemacht werden müssen."

Weltumschau

Deutschland.

Der Bayerische Bauernbund, eine jener politischen Parteien, die sich anfänglich für die Kandidatur Hindenburgs erklärt hatte, ist nunmehr für Dr. Marx Kandidat der aus Zentrum und Sozialisten bestehenden Koalition, herausgekommen. Die Partei hat ein Manifest erlassen, in welchem die Parteimitglieder aufgefordert werden, für Dr. Marx zu stimmen; man will indessen dadurch die Gewissensfreiheit der Parteimitglieder in keiner Weise einschränken.

Es wurde auch bekannt, daß Kampagnegelder, die den Block der Rechtsparteien zwecks Unterstützung Dr. Jarres versprochen worden waren, nicht flüssig gemacht werden würden, indem die Unterzeichner erklären, „die deutsche Wirtschaft könne die Kandidatur Hindenburgs nicht unterstützen". Es heißt, daß es sich in diesem Fall um Kampagnegelder in Höhe von 130,000 Goldmark handle.

Die Osterbotschaft des Feldmarschalls Hindenburg gefällt den Organen der vereinigten Parteien der Rechten. Sie erklären, daß die Botschaft von einer Gesinnung parteiloser Vaterlandsliebe und hohem Pflichtgefühl zeugt. Hindenburg erwähnt zwar die Republik nicht, seine Aeußerungen werden aber gelobt, weil er im Falle seiner Erwählung der republikanischen Verfassung Treue verspricht.

Nachdem Hindenburg in die praktische Politik eingetreten ist, erweisen ihm politische und militärische Kritiker nicht mehr die bisherigen Rücksichten. Seine militaristischen Leistungen halten die Zielscheibe heftiger Angriffe. Der Feldmarschall wird als ein bequemer Schild für General Ludendorff während der letzten Jahre des Weltkrieges bezeichnet. Demokratische Blätter bestreiten überdies das Verdienst Hindenburgs an dem Sieg in der Schlacht von Tannenberg über die Russen. Sie behaupten, daß die entscheidende Schlacht an der deutschen Ostgrenze im Jahre 1914 mit Möchem Erfolg von den Männern, welche die ursprünglichen strategischen Pläne entwarfen, durchgeführt worden wäre, bevor Hindenburg und Ludendorff zur Einkreisung der Russen abgeschickt wurden. Diese Zeitungen erklären ferner, daß Hindenburg den Umfang der amerikanischen Expeditionstruppen und die Bedeutung des Tank als Kriegswerkzeug vollständig unterschätzt habe. Sie führen auch den Ausspruch von Oberst Bauer an, daß Politik für Hindenburg ein Buch mit sieben Siegeln sei. Sie erklären, Hindenburg sei für das Amt des Präsidenten in Hinsicht auf politische Schulung gänzlich unvorbereitet.

Der ehemalige Kaiser Wilhelm ließ mitteilen, daß er die Bestrebungen von Marschall Hindenburg auf die Präsidentschaft nicht unterstützt. Er ließ durchblicken, daß er den früheren Feldmarschall von seinem Treueid gegenüber dem Thron nicht entbunden hat. Nach der Mitteilung erhielt Hindenburg von Wilhelm hinsichtlich der Präsidentschaft keine Ratschläge oder Mitteilungen.

Das „Hamburger Fremdenblatt" bringt einen aus amtlicher Quelle herstammenden Artikel über Deutschlands Außenpolitik, in dem erklärt wird, daß Deutschlands Angebot eines Sicherheitspaktes durch den Wunsch veranlaßt worden war, eine gegen Deutschland gerichtete neue Entente zwischen Frankreich, England und Belgien zu verhindern. Weiter heißt es, daß dieser Wunsch Deutschlands die volle Zustimmung Italiens und Großbritanniens gehabt habe, daß aber noch nicht sicher sei, ob Frankreichs Befürchtungen durch das Angebot wirklich beseitigt würden. Deutschlands Angebot bedeute eine Verzichtleistung auf eine agressive Politik für die Rückgewinnung von Elsaß und Lothringen und überlasse es diesen beiden Provinzen ihre Autonomie anzustreben. Der Pakt lasse aber die Tür offen für eine friedliche Verständigung, Eupen und Malmedy von Belgien wieder für Preußen zurückzugewinnen. Sowohl Premier Baldwin wie der britische Außenminister Chamberlain haben, wie in dem Artikel behauptet wird, Deutschlands Anspruch auf eine Revision der Ostgrenze vorausgesehen.

Der frühere Münchener Polizeichef Dr. Ernst Poehner, der in den Hitlerputsch vom Monat 1923 verwickelt war, hat bei einem Autounfall an der bayerisch-österreichischen Grenze sein Leben eingebüßt. Dr. Poehner gehörte, bevor er zum Polizeichef ernannt wurde, verschiedenen Kabinetten an und war unter anderem auch Minister des Innern und Außenminister der bayerischen Regierung. Er wurde erst kürzlich aus der Festung Landsberg entlassen, wo er wegen Teilnahme an dem Hitlerputsch eine Freiheitsstrafe abgebüßt hatte.

Oesterreich.

Der Hauptausschuß der österreichischen Bundesversammlung, eine Körperschaft, die aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzt ist, ist einberufen worden. Die offizielle Tagesordnung führt Maßnahmen auf, die in Verbindung mit der Zunisitzung des Ligarats getroffen werden müssen. In Wirklichkeit dürften sich indes die Verhandlungen um die wirtschaftliche Lage des Landes und um Mittel und Wege drehen, die benötigt sind, um den Ligabehörden klarzulegen, daß die chinesische Mauer von Handelshindernissen, die rings um Oesterreich aufgeführt worden, niedergelegt werden muß.

In einem Artikel des Kanzlers Ramek wird erklärt: „Wir müssen uns die neue Strömung, die sich in der europäischen Politik geltend macht, zu Nutze machen." Oesterreich ist sich nachgerade bewußt geworden, daß die Stimmung in Genf seinen Zwecken günstig ist, auch ist in Wien bekannt, daß auf der Mai-Konferenz der Mächte der Kleinen Entente in Bukarest das österreichische Problem den Hauptberatungsgegenstand bilden wird. Immerhin macht sich hier noch eine starke Abneigung gegen die Gründung einer sogenannten Donau-Föderation bemerkbar, und die Unterströmung zu Gunsten eines Anschlusses an das Deutsche Reich gewinnt immer mehr an Kraft. Neben den Alldeutschen sind es besonders die Sozialisten, die für einen solchen Anschluß eintreten, einen Anschluß, welcher von der „Arbeiter-Zeitung", dem Organ der Partei, als eine europäische Notwendigkeit bezeichnet wird.

Der Beitritt zu einer Donau-Föderation dürfte durch den Anfangs Mai erwarteten Besuch des tschechischen Außenministers Dr. Benesch einen neuen Impuls erhalten. Benesch beabsichtigt, sich in Wien drei Tage aufzuhalten.

Die österreichische Postverwaltung beabsichtigt die neuen auf Schilling lautenden Briefmarken am 1. Juni ds. Js. auszugeben. Die mehrere Monate in Anspruch nehmende Herstellung der nötigen Vorratsmengen ist soweit gediehen, daß mit der Einhaltung des obigen Termines sicher gerechnet werden kann.

Ungarn.

Die plötzlich auf unbestimmte Zeit verschobene Abreise des hiesigen amerikanischen Gesandten Peter August Jay, der zum Botschafter für Argentinien ernannt worden ist, hat in diplomatischen Kreisen erhebliche Ueberraschung hervorgerufen. Herr Jay selbst weigert sich, eine Erklärung abzugeben, doch wird allgemein hier angenommen, die unerwartete Verschiebung der Abreise habe ihren Grund in der Haltung der rumänischen Regierung in Sachen der Regelung der rumänischen Schulden in den Ver. Staaten, eine Haltung welche zu Entwicklungen führen könnte, die den weiteren Verbleib des Herrn Jay in Bukarest erheischten.

Rumänien.

Der amerikanische Gesandte für Rumänien, Peter A. Jay, hat in Bukarest der rumänischen Regierung eine Note überreicht, in der die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Tatsache aufmerksam macht, daß Rumänien hinsichtlich der Rückbezahlung seiner Schulden mit anderen Staaten Verhandlungen durchgeführt bezw. eingeleitet habe, ohne bisher in der gleichen Angelegenheit mit den Vereinigten Staaten in Unterhandlung zu treten. Die Schuld Rumäniens an die Vereinigten Staaten beläuft sich im letzten November auf $26,128,195 mit $[illegible] bis zu jenem Zeitpunkt berechneten Interessen von $9,477,000.

Die Anleihe an Rumänien wurde von den Vereinigten Staaten nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes gewährt. Der größere Teil davon würde Rumänien unter den Bestimmungen des Freiheitsanleihe-Gesetzes bewilligt und später kaufte Rumänien überschüssiges amerikanisches Kriegsmaterial im Werte von 12 Millionen Dollar, das sich in Frankreich befand, an.

Der amerikanische Gesandte hatte in Bukarest eine lange Konferenz mit dem Außenminister Duca und die von ihm überreichte Note soll einen Protest dagegen enthalten, daß Rumänien zur Rückzahlung der Schulden an die Vereinigten Staaten bisher noch keine Schritte unternommen habe.

Jugoslavien.

Die in Sakati-Raum am Ochrida-See befindlichen serbischen Truppen machen noch immer keine Miene, das Gebiet zu räumen, obwohl seit der endgültigen Entscheidung der Botschafterkonferenz, nach der das von Jugoslavien beanspruchte Territorium bei Albanien bleiben soll, bereits nahezu vier Wochen verstrichen sind.

Die Belgrader Regierung gab in dieser Angelegenheit, unter Appellation an den Botschafterrat, ein Blaubuch heraus, aber dessen Behauptung, daß „Jugoslavien ohne das Gebiet von Raum nicht existieren könne, wurde kein Glauben geschenkt" und die Botschafterkonferenz hat sich die endgültige Entscheidung gefällt, daß das strittige Gebiet bei Albanien zu verbleiben habe.

Darob ist die serbische Presse in großen Zorn geraten und behauptet, England sei, an der Entscheidung schuld, da es sich für die Adoenschiffahrt und Wasserkräfte des Gebietes interessiere. Die „Vremje", das Organ des Premiers Paschitsch, erklärt, Jugoslavien könne sich durch die Beschlüsse einer, wenn auch noch so wichtigen „fremden" politischen Konferenz nicht irritieren lassen.

Falls sich Belgrad weiter weigern sollte, das Gebiet zu räumen, müßte die Botschafterkonferenz logischer Weise den Völkerbund zu Sanktionen gegen Jugoslavien veranlassen.

England.

Ein Vertreter der Stahlfirma „Cox & Danks", die die Hebung der versenkten deutschen Flotte bei Scapa Flow übernommen hat, teilt mit, daß bisher acht deutsche Torpedobootzerstörer gehoben sind. Sie werden zerschnitten und eingeschmolzen. Die Firma hat von der englischen Admiralität 26 Zerstörer und die beiden Schlachtkreuzer „Hindenburg" und „Seydlitz" gekauft und hofft, trotz der enormen Bergungskosten auf ihre Rechnung zu kommen. Im nächsten Jahre wird von der Firma der Versuch gemacht werden, die „Hindenburg" zu heben. Das Schiff wiegt 25,000 Tonnen gegenüber den 8000 Tonnen der bisher gehobenen Zerstörer. Es liegt zehn Faden tief. Während der Ebbe ragen die Aufbauten des Schiffes aus dem Wasser heraus.

Die Niederlagen, die die englische Schiffbauindustrie im Wettbewerb um ausländische Aufträge in der letzten Zeit erlitten hat, haben in England eine weitgehende Aufregung hervorgerufen. Es ist bezeichnend für den Unterschied zwischen dem England von heute und jenem der Vorkriegszeit, daß man an diesen Niederlagen nicht achselzuckend vorübergeht, sondern eifrig nach den Ursachen dieser Erscheinungen forscht und es nicht der Zeit überläßt, der in Schwierigkeit geratenen Industrie wieder auf die Beine zu helfen. Eine wohltätige Wirkung hat aber diese Niederlage der britischen Schiffbauindustrie doch gezeigt, da jetzt die drohende Streikgefahr, die seit zwei Monaten auf der britischen Wirtschaft lastete, endgültig gebannt zu sein scheint.

In früheren Meldungen über die industrielle Lage Englands war darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich unter Führung radikaler Arbeiterpolitiker ein Dreibund zwischen den drei mächtigsten Organisationen der britischen Arbeiterschaft, den Gewerkschaften der Berg-, der Metall- und der Eisenarbeiter, vorbereite. Wäre dieser Dreibund zustande gekommen und unter den Einfluß der radikalen Führer geraten, so wäre der Streik einer viele Hunderttausende zählenden Arbeiterarmee unvermeidlich geworden. Die Forderungen der Arbeiter aber hätten der in ihrer Konkurrenzfähigkeit ohnehin stark gesunkenen englischen Industrie unerträgliche Lasten aufgebürdet. Die Eisenbahnunternehmungen allein hätten mit jährlichen Mehrauslagen von ungefähr 225 Millionen Dollar zu rechnen gehabt.

Die geschilderten Ereignisse in der ohnehin wirtschaftlich schwerer Arbeitslosigkeit kämpfenden Schiffbauindustrie haben nun mit einer dramatischen Plötzlichkeit diese Spannung gelöst. Die Kohlengräber haben jetzt den Vorschlag der Eigentümer, die Lage der Industrie durch eine gemeinsame Kommission zu untersuchen, angenommen und somit ist die Gefahr eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks vorläufig gebannt. Dieser Beschluß hat auf die in den letzten Wochen besonders gärenden Arbeitermassen eine beschwichtigende Wirkung ausgeübt. Die Arbeiter und Arbeitgeber der Schiffbauindustrie haben eine gemeinsame Kommission zur Feststellung der Ursachen der sinkenden Konkurrenzfähigkeit der Industrie eingesetzt und man erwartet, daß in den nächsten Tagen auch die Eisenbahner ihre übertriebenen Forderungen werden fallen lassen.

Rußland.

Zum ersten Male seitdem die Bolschewisten zur Macht gelangt sind, wurden jetzt von der Moskauer Regierung amtliche Zahlen über den Auslandhandel veröffentlicht. Der Wert der im letzten Kalenderjahr ausgeführten Waren wird mit rund $185,000,000 und der Wert der nach Rußland eingeführten Waren mit $120,300,000 angegeben, so daß sich eine für Rußland günstige Bilanz von rund $64,700,000 ergibt. Die Vereinigten Staaten stehen als Einfuhrland mit $23,000,000 an dritter Stelle. Die meisten Waren wurden aus England eingeführt ($26,500,000), während Deutschland Waren im Werte von $25,500,000 nach Rußland lieferte. Auch als Ausfuhrland steht England obenan, da es russische Waren im Werte von $40,350,000 abnahm. Die Ausfuhr nach Deutschland wird mit $33,000,000 und die nach der Mongolei mit $18,500,000 angegeben. Nach den Vereinigten Staaten wurden von Rußland im ganzen letzten Jahr Waren im Werte von nur $3,500,000 geliefert.

Metropolit Benjamin von Leningrad und Metropolit Hrapkin von Moskau haben an die ganze orthodoxe Geistlichkeit einen Appell gerichtet, die im Laufe der letzten sieben Jahre entstandenen Differenzen, zum Interesse der Einigkeit, des Friedens und der Würde der nationalen Kirche" beizulegen.

45 Delegaten, die Vertreter von 29 der Sowjetföderation angehörigen Nationen sind, nahmen an der Eröffnung des zweiten internationalen Bauernrats teil. Kalinin, der Präsident des zentralen Exekutiv-Ausschusses der Sowjetrepubliken, begrüßte die Delegaten.

Lev Kamenew wurde wieder zum Vorsitzer des Moskauer Sowjet erwählt. In der Mitgliedschaft sind 31 Prozent Nicht-Kommunisten vertreten, die 1398 Vertreter wählten, während die Kommunisten über 2551 Delegaten verfügen.

Frankreich.

Der vormalige Premier Painleve, der ein Kabinett zu bilden sucht, vermochte Präsident Doumergue auf „Fortschritte", aber keinen endgültigen Abschluß seiner Aufgabe zu melden. Caillaux hat das Finanzministerium im Painleve-Kabinett endgültig angenommen.

Die Minister-Kombination Painleve-Caillaux-Briand, die an Stelle des geplanten Painleve-Herriot-Kabinetts plötzlich auftauchte, stößt auf Schwierigkeiten. Erklärungen von Caillaux, daß er alle Pläne für eine Kapitalsteuer über Bord werfen werde, wenn er Finanzminister wird, erregten bei vielen seiten Freunden unter den sozialistischen und radikalen Parteien Unwillen. Auch Freunde von Briand sind wenig erbaut von einer Kombination, in welcher ihr Führer ihrer Meinung nach die dritte Rolle spielen würde. In den Wandelgängen der Deputiertenkammer hieß es, Briand und Caillaux seien von einer Einigung über die wesentlichen Punkte eines Regierungsprogramms weit entfernt. Painleve hatte gesagt, er werde die Versuche auf Bildung eines Kabinetts einstellen, wenn ihm nicht sowohl die Mitwirkung von Caillaux als von Briand zuteil werde.

Antonio Tamelin, ein Kriegsinvalide, wurde vor dem Ministerium des auswärtigen Angelegenheiten festgenommen, wo Painleve über Bildung eines Kabinetts Verhandlungen hielt. Tamelin sagte der Polizei, er habe die Absicht gehabt, Caillaux zu töten, der ein „Mordschlimmer" sei. Der Mann übergab seinen Häschern einen geladenen Revolver. Die Polizei sagt, er sei zweifellos geistig gestört.

Joseph Caillaux, der eigtl. Premierminister war und mit Mühe einer Anklageerhebung wegen Verrats entging, steht aber stets im Mittelpunkt der französischen Politik. Die Aussicht auf seine Rückkehr zur Macht erzeugt viele der Leidenschaften, der berühmten Caillaux-Affäre von neuem.

Die radikal-sozialistische Gruppe in der Kammer, deren Führer Edouard Herriot ist, billigte Caillaux als Finanzminister im Kabinett Painleve.

Belgien.

Der sozialistische Führer und frühere Justizminister Emile Vandervelde wurde von König Albert mit der Bildung eines Kabinetts betraut. Vandervelde hat die Berufung angenommen, nachdem er hierzu von dem Generalrat der sozialistischen Partei ermächtigt wurde. Der Generalrat erklärte jedoch, daß für die Zusammenberufung der Regierung und für das Regierungsprogramm der Parteikongreß die Verantwortung übernehmen soll. Dieser Kongreß wurde zu einer außerordentlichen Sitzung für nächsten Sonntag einberufen.

Die Sozialisten haben in der letzten Wahl zehn Sitze mit Parteien der katholiken und Liberalen erobert und sind nicht in der Mehrheit, so daß eine katholisch-liberale Koalition die Regierung leicht stürzen könnte.

Italien.

Von verschiedenen italienischen Städten, besonders aber von Biella und Aosta, werden Zusammenstöße zwischen Faszisten und Kommunisten gemeldet. Ein Faszist, der in Bari durch Pistolenschüsse verwundet wurde, ist gestorben. Bei weiteren Auseinandersetzungen sollen 3 Faszisten schwere Verletzungen erlitten haben.

Der Sekretär der Faszistenpartei, Abg. Roberto Farinacci, hat in einer Proklamation die Faszisten ermahnt, sich nicht zu Vergeltungsmaßregeln hinreißen zu lassen. Er fordert die Regierung auf, gegen die Ruhestörer energisch einzuschreiten.

Gerüchtweise verlautet, daß Finanzminister De Stefani demnächst resignieren werde.

Finnland.

Die Häufigkeit der Kommunistenprozesse in Finnland beweist, daß rote Propaganda und aufwieglerische Tätigkeit im Heere durchaus keine zufälligen Erscheinungen sind, sondern daß es sich hier um eine planmäßig betriebene, von Moskau ausgehende und bezahlte Agitation handelt, die in der nächsten Zeit vielleicht in noch ausgedehnterem Maße als bisher betrieben werden dürfte, da es sich die kürzlich ins Leben getretene „skandinavische kommunistische Föderation" zur Aufgabe macht, „vor allen Dingen ihre am meisten hilfsbedürftigen finnischen Bruderparteien bei ihrer kommunistischen Propaganda im Heer zu unterstützen".

Palästina.

Algerische Kavallerie, die mit gezogenen Säbeln durch die Straßen von Damaskus galoppierte, und acht Panzerwagen, nebst einigen Abteilungen Infanterie waren erforderlich, um Earl Balfour vor dem Mob von 6000 Köpfen zu retten, der einen Angriff auf sein Hotel versuchte. Zwei Personen wurden getötet und viele verletzt, ehe die Unruhen schließlich unterdrückt wurden. Dem Mob wäre es beinahe gelungen, an das Hotel herzukommen, in dem der britische Staatsmann abgeitiegen war, da sich die syrische Polizei einfach außer Stande sah, der Massendemonstration zu begegnen, obgleich besondere Vorkehrungen getroffen worden waren. Die Kavallerie und Panzerwagen zerstreuten später die Menschenmassen in kurzer Zeit. Die Demonstration gegen Balfour hatte ihren Grund darin, daß Balfour es gewesen, der in erster Linie für Palästina als Heimland der Juden in seiner berühmten Deklaration eingetreten, unter welcher Großbritannien offen die zionistische Bewegung unterstützte.